

NRW. IN KÜRZE

Polizei schickt unartigen Kindern Blaue Briefe

Wesel. Der Blaue Brief kommt von der Polizei: „Bei einer Kontrolle wurde festgestellt, dass Ihr Kind gegen Verkehrsvorschriften verstoßen hat.“ So lauten die Benachrichtigungen, welche die Polizei des Kreises Wesel ab sofort an Eltern unartiger Kinder und Jugendlicher schickt.

Im Fokus der Beamten stehen vor allem junge Radfahrer, die ohne Licht fahren, während der Fahrt telefonieren, die falsche Seite des Radweges benutzen oder auf mangelhaften Rädern unterwegs sind.

„Die Benachrichtigungen an die Eltern stehen im Rahmen der Aufklärungsmaßnahme ‚Achtung Kind‘, für die 30 Beamte eingesetzt sind“, so Herbert Ickert, Leiter der Polizeiinspektion Ost.

Die Kontrollen werden in diesem Jahr vor allem in Wohngebieten durchgeführt. Grund: Aus der neuesten Statistik geht hervor, dass sich über die Hälfte Verkehrsunfälle mit Kindern im Kreis Wesel in unmittelbarer Umgebung des Wohnortes der Kinder ereignet haben. **cig**



So ist es richtig: Kinder beim Radfahren. Foto: Bodo Goeke

Pflege kranker Kinder bleibt Frauensache

An Rhein und Ruhr. In Nordrhein-Westfalen ist die Pflege kranker Kinder weiter meist Frauensache. Die Zahl der Väter, die zur Betreuung des kranken Nachwuchses dem Job fernbleiben, stieg nach Angaben der Deutschen Angestellten-Krankenkasse (DAK) in den vergangenen zwei Jahren zwar um 22,9%, jedoch war der Anstieg nur im Saarland geringer. Insgesamt seien im vergangenen Jahr bei der Kasse in NRW 12 797 sogenannte Blaue Scheine eingereicht worden, mit denen Kinderpflege-Krankengeld beantragt wird. 1010 der Scheine stammten von Männern. 2007 habe diese Zahl noch bei 822 gelegen. **NRZ**

LAND & LEUTE

Er kann es nicht lassen. Rentner **Rolf-Dieter K.** (74) aus Ratingen wird „Prozesse-Dieter“ genannt, weil er sich gern streitet. Weil er dabei ausfallend wird, auch schriftlich, ging er wegen Beleidigung ein Jahr in Haft. Das hat den schimpf-freudigen Rentner nicht kuriert. Jetzt erwartet ihn ein Prozess wegen Bedrohung vorm Schöffengericht Düsseldorf. Er soll an die Ratinger Polizei geschrieben haben: „Auge um Auge, Zahn um Zahn. Es wird zwei tote Beamte geben.“ Während seiner Haft sei es ihm ein Leichtes gewesen, sich eine Waffe zu besorgen. Nach bisheriger Erfahrung ist eine Entschuldigung nicht zu erwarten. **kati**

Die NRW-Redaktion

Telefon: 0201 - 804 27 87
Fax: 0201 - 804 23 97
E-Mail: nrw@nrz.de

Wenn es im Kopf wackelt

Am Uni-Klinikum wurde die erste Schwindel-Ambulanz in NRW eröffnet. Ärzte rechnen mit 1000 Patienten pro Jahr

Stefanie Bersin

Essen. Marlies Müller* seufzt. Sie ist erleichtert. Endlich Klarheit. Eine vier Monate lange Ärzte-Odyssee liegt hinter der 65-jährigen Essenerin. Ihr Problem hat einen Namen: Schwindel. „Es wackelt im Kopf, als würde ich mit dem Schiff fahren.“ Vor allem beim Aufstehen und beim Einschlafen hat Marlies Müller Schwierigkeiten. Kein Arzt wusste Rat, bis sie von der neuen Schwindel-Ambulanz am Essener Uni-Klinikum erfuhr und einen Termin bei Dr. Mark Obermann vereinbarte.

Seit einer Woche ist Mark Obermann der Leiter der einzigen Ambulanz dieser Art in NRW. In der Aufnahme stehen die Telefone nicht mehr still. Sogar Patienten aus Brüssel oder aus Holland hat der Schwindelexperte allein in der ersten Woche behandelt. Mark Obermann kennt die Sorgen seiner Patienten, die häufig niemand so richtig ernst nimmt.

Ganzheitliche Therapie

Die Krankheit Schwindel hat nichts mit Lügen zu tun, nur weil sie unsichtbar ist. „Es ist die zweithäufigste Diagnose in der Neurologie nach Kopfschmerzen.“ Die meisten seiner Patienten – im Moment behandelt der 33-Jährige etwa sieben am Tag – bringen eine dicke Mappe mit in die Sprechstunde. Untersuchungsergebnisse der Fachkollegen – vom Orthopäden bis zum Hals-Nasen-Ohren-Arzt. CT, MRT: Die teuren Untersuchungen liefern allzu oft keine Erklärungen.

„Oft sind die Patienten verzweifelt, weil sie die Ursache nicht kennen“, erklärt Obermann. Im Schwindel-Zentrum setzen die Ärzte auf eine ganzheitliche Therapie, die körperliche und psychische Aspekte berücksichtigt. Auch Obermann kann nicht zaubern, wohl aber stehen im Uni-Klinikum andere Geräte bereit als bei manchem niedergelassenen Ärzten. Beispiel: „Elektro-nystagmographie“. Dabei werden mit Hilfe von Elektroden die Augenbewegungen gemessen und damit der Gleichge-

wichtssinn geprüft. Seine Störung ist häufig die Ursache von Schwindel. Andere Gründe können verengte Halsgefäße sein. Ist das der Fall, muss gegebenenfalls operiert werden. Ein gestörtes Gleichgewichtsorgan, wie es etwa nach Innenohrinfarkt oder einem Hörsturz vorkommt, kann nicht geheilt, wohl aber trainiert werden.

Eine Frage der Kasse

Die CD mit den Anleitungen dazu hält jetzt Marlies Müller in der Hand. Drehen auf dem Stuhl, laufen auf einer Matratze: Mit Hilfe der anderen Sinne, zum Beispiel Sehen, versuchen die Patienten, den lädierten Gleichgewichtssinn auszugleichen. Lutz Müller ist froh, dass „wir endlich wissen, dass im Kopf meiner Frau alles in Ordnung ist. Es war nicht schön zu sehen, wie jemand seine Kraft verliert und beginnt an sich zu zweifeln.“ Die behandelnden Ärzte gaben Marlies Müller mitunter Ratschläge, sie solle doch einfach positiv denken, auf der Rüttelscheider Straße spazieren und Kaffee trinken gehen. Es half nichts: Das Wackeln im Kopf blieb.

Noch sind die Untersuchungen in der Schwindel-Ambulanz eine Frage der Kasse: Nicht alle kommen für die Kosten der Behandlung auf. Etwa 5000 Euro haben die Untersuchungen im Vorfeld bei Marlies Müller gekostet. Den Besuch in der Schwindel-Ambulanz zahlt sie aus eigener Tasche. Das war es ihr einfach wert. **NRZ**
*Name von der Redaktion geändert

KONTAKT

Schwindel-Ambulanz

Schwindel-Ambulanz, Dr. Mark Obermann, Klinik für Neurologie, Uni-Klinik Essen,
☎ 0201/723 843 385,
E-Mail: mark.obermann@uni-essen.de. Ausführliche Infos für Patienten sowie Antragsformulare für die Kostenübernahme durch die Krankenkasse gibt's im Netz: www.schwindelzentrum-essen.de



Bei der „Elektro-nystagmographie“ wird der Gleichgewichtssinn getestet. Dr. Mark Obermann leitet das Schwindel-Zentrum an der Essener Uni-Klinik. Foto: Kerstin Kokoska

Frauenhäuser in Not

5000 Betroffene suchen pro Jahr Zuflucht. Demo für sichere Finanzierung

Sarah Hubrich

An Rhein und Ruhr. Für 5000 Frauen sind sie die letzte Zuflucht – 69 Frauenhäuser gibt es in NRW, und sie alle teilen ein Problem: „Die Finanzierung“, sagt Claudia Schimpf von der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) Autonome Frauenhäuser in NRW, „reicht hinten und vorne nicht.“ Es fehlt Geld, es fehlen Plätze. 5500 Frauen mussten im Jahr 2008 abgewiesen werden – und das in Situationen, in denen es oft genug „um Leben und Tod geht!“

1000 Euro im Monat

Das Land deckt nur einen Teil der Kosten. Dieser Zuschuss aber sei noch 2006 massiv gekürzt worden. Offiziell wurde eine Vollzeitstelle pro Haus gestrichen, so Schimpf. Drei sind geblieben, 87 600 Euro sollen dafür reichen.

Alles, was darüber hinaus geht, muss jedes Haus mit der jeweiligen Kommune verhandeln. Jahr für Jahr neu. „Für die Städte“, erklärt Schimpf, „ist das eine freiwillige Leistung.“ Zwar habe noch keine Kom-

mune in NRW die Unterstützung ganz aufgegeben. „Aber gekürzt wurde in den letzten Jahren immer wieder.“

Mit einer Kampagne trommelt die LAG deshalb jetzt für Aufmerksamkeit; „Schwere Wege leicht machen“, haben sie sie genannt. Denn viele betroffene Frauen müssen sich in ihren schlimmsten Stunden erst einmal mit der bürokratischen Frage befassen, wer die Zuflucht bezahlt. Bis zu 2000 Euro kann ein Platz im Frauenhaus im Monat kosten, in

Oberhausen etwa sind es rund 1000 Euro. Und die Stadt zahlt nur dann, wenn Anspruch auf Sozialleistungen besteht. „Bei Azubis, Studentinnen und Migrantinnen ist das meist nicht der Fall“, erklärt Schimpf. Am 24. März will die LAG vor dem Landtag demonstrieren – für eine gesicherte, personenunabhängige Ausstattung der Häuser und einen Rechtsanspruch auf Hilfe. **NRZ**

ONLINE www.schwere-wege-leicht-machen.de



Letzter Ausweg Frauenhaus: Jedes Jahr suchen in NRW 5000 Frauen Schutz vor Gewalt (nachgestellte Szene). Foto: Birgit Schweizer

5700 Übergriffe

Polizei: Neue Diskussionen um Gewalt-Studie

Holger Dumke

An Rhein und Ruhr. Als Innenminister Wolf (FDP) im Dezember eine eigene Studie ankündigte, um Gewalt gegen Polizisten zu untersuchen, hatte das die Gewerkschaft der Polizei (GdP) ausdrücklich begrüßt. Doch längst hat sich Ernüchterung eingestellt.

Das Landeskriminalamt (LKA) erhebt zwar seit Jahresbeginn Details zu Übergriffen, doch der Fragebogen wird mit seinen vier Seiten aus Sicht der Gewerkschaft dem Problem nicht gerecht. Die Statistik erfasse weder die genauen Umstände der Übergriffe, noch würden Widerstandshandlungen der Vergangenheit berücksichtigt. Es gebe, so heißt es bei der GdP, deutliche Qualitätsunterschiede zwischen der Erhebung des Landeskriminalamtes und der bundesweiten Untersuchung des Kriminologen Christian Pfeiffer, aus der NRW im vergangenen Jahr ausgehten war.

„Der Minister muss endlich sein Versprechen einlösen, eine Studie zu den Ursachen der Gewalt zu bringen“, forderte GdP-Chef Frank Richter.



GdP-Chef Frank Richter. Foto: KV

Er verweist darauf, dass es im vergangenen Jahr erneut 5700 Übergriffe auf Vollstreckungsbeamte, zumeist Polizisten, gegeben habe. Das waren zwar etwa 700 weniger als im Vorjahr, die Zahl insgesamt bleibt aber auf hohem Niveau. Rein statistisch gesehen gebe es in NRW alle 90 Minuten einen Übergriff auf einen Beamten, rechnet die Gewerkschaft vor. Ein Sprecher des Ministers reagiert mit Unverständnis. Alle Erhebungskriterien seien u. a. mit den Personalvertretern abgestimmt. Man solle dem LKA doch bitte genügend Zeit für die Erhebung geben („mindestens ein Jahr“). Aus den Ergebnissen werde man dann mit Polizeixperten und externen Fachleuten die notwendigen Schlüsse für einen bestmöglichen Schutz der Beamten ziehen. **NRZ**

Erneut weniger Abtreibungen in NRW

An Rhein und Ruhr. Im vergangenen Jahr haben Frauen in NRW insgesamt 23 143 Schwangerschaften abgebrochen – das sind 977 weniger als im Vorjahr, wie das Statistische Bundesamt gestern vorrechnete. Bundesweit gab es rund 110 700 Schwangerschaftsabbrüche, 3800 (3,3%) weniger als 2008.

Knapp drei Viertel der Frauen, die 2009 Abtreibungen vornehmen ließen, waren zwischen 18 und 34 Jahren alt, 15% zwischen 35 und 39 Jahren. Fast 8% der Frauen waren 40 Jahre und älter. Die unter 18-Jährigen machten einen Anteil von rund 4% aus. Ihre Zahl sank gegenüber 2008 um 400 auf etwa 4900.

Seit etwa Mitte der 90er-Jahre sinkt die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche nahezu kontinuierlich. Mehr als 97% der gemeldeten Abtreibungen wurden 2009 nach der Beratungsregelung vorgenommen. Danach ist eine Abtreibung in den ersten zwölf Wochen straflos, wenn sich die Frau bei einer anerkannten Stelle hat beraten lassen. **epd**

Abgeordnete können Privatbahnen nutzen

Düsseldorf. NRW-Landtagsabgeordnete dürfen künftig auch auf Staatskosten mit privat betriebenen Bahnen fahren. Bisher hatten die 187 Landespolitiker nur einen Freifahrtschein für sämtliche Züge der Deutschen Bahn innerhalb von NRW sowie für die Strecke nach Berlin. Inzwischen bieten aber nach DB-Angaben allein in NRW auch 14 Privatunternehmen Zugverbindungen an. **cm**

U-Bahn-Bau wird mit Fotos überwacht

Düsseldorf. Nach dem Skandal um Pusch beim U-Bahn-Bau geht Düsseldorf jetzt auf Nummer sicher: Die laufenden Schlitzwand-Arbeiten auf dem Kirchplatz werden fotografisch dokumentiert. Außerdem müssen die Original-Messdaten den städtischen Kontrolleuren ausgehändigt werden. Ein Bauwissenschaftler soll zudem Schwachstellen bei der Überwachung der Baustellen ausfindig machen. **M.M.**

Polizei zerschlägt Dopinghändler-Ring

Köln/Düsseldorf. Die Polizei hat einen europaweit operierenden Dopinghändler-Ring zerschlagen. Bei einer Razzia vor allem in Köln und Düsseldorf wurden gestern elf Wohnungen durchsucht und drei Männer verhaftet, so die Polizei. Ein vierter, mit Haftbefehl gesuchter Mann stellte sich. Erst vorige Woche gelang es dem Essener Zoll, 90 Kilogramm Dopingmittel sicherzustellen. **ddp**

LAND & LÖCHER

Konjunkturpaket soll Frostschäden lindern

Winterschäden an den Straßen können von den Kommunen mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket II finanziert werden. Der Finanzausschuss des Bundesrates habe darüber gestern beraten, teilte NRW-Finanzminister Helmut Linsen (CDU) mit. Fördergelder zur Reparatur von Straßenschäden könnten beantragt werden, weil ein solches Investitionsvorhaben im Ergebnis zu einer wahrnehmbaren Minderung des Straßenlärms führt. Damit seien die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. **ddp**